

Mieterhöhungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt

Preissteigerungen im Allgemeinen und bei Mieten im Besonderen, das sind die derzeitigen aktuellen Entwicklungen für alle Mieter und Verbraucher. Die sich drehende Schraube ohne Ende bittet den Verbraucher bei den Energiekosten, Benzinkosten und den meisten Lebenshaltungskosten ordentlich zur Kasse.

Bei dieser Gesamtentwicklung ist es schon erstaunlich, dass ein Vertreter eines Mietervereins in Berlin im Regionalen Fernsehsender sich erstaunt zeigt über Mieterhöhungen und gleichzeitig einen Zusammenhang mit dem Börsengang eines privaten Wohnungsunternehmens herstellt. Hier wird offenkundig, dass dieser Mitarbeiter in den letzten Jahren den Berliner und deutschen Wohnungsmarkt nicht beobachtet hat, sonst wäre ihm wohl aufgefallen, dass die gesamte Wohnungswirtschaft, sogar Wohnungsbaugenossenschaften, Mieterhöhungen von 20 % aufgerufen haben. Dies ist nach gültiger Rechtsprechung innerhalb von 3 Jahren möglich.

Offensichtlich wurde bisher stillschweigend über erhebliche Verteuerungen der Mietwohnungen, und zwar in allen Bereichen wie der Netto-Kaltmiete, den Heiz- und Warmwasserkosten und den so genannten kalten Betriebskosten, von zuständigen Organisationen hinweggesehen bzw. wurden diese stillschweigend hingenommen. Worin hierfür die Motivation lag, bleibt vorerst im Dunkeln.

Wir als unabhängige, ehrenamtliche Verbraucherschützer werden nicht müde werden uns für die Verbraucher und Mieter einzusetzen und im Besonderen darauf hinzuweisen, dass große Teile des Wohnungsbestandes in Berlin außerordentlich marode sind. Instandsetzungen finden nicht statt, sondern werden als Modernisierungsmaßnahmen ausgewiesen, um die Kosten dann den Mietern aufzuerlegen. Dabei werden von der Wohnungswirtschaft im Laufe der nächsten Jahrzehnte satte Gewinne von mehreren hundert Prozent eingefahren.

Der eigentliche Skandal ist nicht der Börsengang, sondern die verfehlte Wohnungs- und Mietenpolitik der Berliner Landesregierung in den letzten Jahren und das offensichtliche Stillschweigen von Organisationen, die sich hätten kümmern müssen. Schließlich zahlen die Mieter dafür hohe Beiträge.